

B E S C H L U S S

**des 100. Ordentlichen Landesparteitages
am 15. Juli 2006 in Tuttlingen**

Gesundheitsreform

Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat massiv für eine Gesundheitsreform einzusetzen, die der vor wenigen Wochen zwischen FDP und CDU in Baden-Württemberg geschlossenen Koalitionsvereinbarung entspricht. Dabei müssen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, nicht parteipolitische Strategieüberlegungen, im Vordergrund stehen.

Die Leitlinien sind auf Seite 36 der Koalitionsvereinbarung folgendermaßen formuliert:

„Die Landesregierung wird sich bei den Reformen der sozialen Sicherungssysteme auf Bundesebene konstruktiv einbringen. Vorrangige Ziele sind dabei die Senkung der Lohnzusatzkosten und die Stärkung der Eigenverantwortung. Wir werden uns in der Gesundheitsreform für folgende Ziele einsetzen:

- Abkopplung der Gesundheitskosten von den Lohnnebenkosten
- Erhaltung und Ausweitung von Altersrückstellungen
- Übergang vom Sachleistungsprinzip zum Kostenerstattungsprinzip
- Mehr Transparenz und Wettbewerb
- Finanzierung des Solidarausgleiches aus Steuermitteln“

Die von der Bundesregierung angestrebte Reform wird weder unseren noch den selbst gesetzten Zielen gerecht.

- keine Entlastung weder der Lohnzusatzkosten noch der Versicherten; stattdessen steigen die Beiträge,
- keine Entkoppelung von Gesundheitsausgaben und Arbeitskosten; der Arbeitgeberbeitrag wird nicht festgeschrieben,
- keine Entbürokratisierung; stattdessen kommt mit dem so genannten Fonds ein weiteres bürokratisches Instrument hinzu,
- keine Vorsorge für die demografische Entwicklung; es bleibt bei Umlagefinanzierung zu Lasten der jungen Generation,
- keine Transparenz; weder bei den Beiträgen noch bei den Abrechnungen, bei denen am Sachleistungsprinzip festgehalten wird,
- keine Freiheit für die Versicherten, ihren Versicherungsschutz weitgehend selbst zu gestalten,
- keine Konzentration der über Zwangsbeiträge finanzierten Leistungen auf das medizinisch unbedingt Notwendige,
- keine verlässliche Finanzierung, da der Bundesfinanzminister die 4,5 Mrd. Euro aus der Tabaksteuer vorab in seinen Haushalt vereinnahmt und die Finanzierung der 1,5 Mrd. Euro Steuergelder ab 2008 mittlerweile wieder in Frage stellt.

Streng am Landesinteresse entlang ist die „verniedlichend“ Gesundheitsfonds genannte zentrale Geld-Sammel- und -Verteilungsstelle abzulehnen:

- Bürokratieabbau in allen Bereichen ist als prioritäres Ziel in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Der Aufbau des Bürokratiemonsters Gesundheitsfonds läuft dem diametral zuwider.
- Der Transfer von Arbeitgeber- und Versichertenbeiträgen aus Baden-Württemberg in andere Bundesländer im Rahmen des seitherigen Risikostrukturausgleiches (RSA) wird sich durch die Implementierung des RSA in die Verteilung der Mittel aus dem Gesundheitsfonds deutlich verstärken.

Die angekündigte Gesundheitsreform wird Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und übrigens auch den Arbeitgeber Land Baden-Württemberg in besonderem Maße belasten und wird deshalb von uns abgelehnt.